

Sehr geehrte Anwesende.

Der vorgelegte Sachstandsbericht stellt in lobenswerter Klarheit die massiven Schwierigkeiten bei der Flüchtlingsunterbringung im Landkreis Rastatt dar. Dem Landrat und der Verwaltung sei Dank dafür. Ebenso für die sachkundig vorgenommenen und noch geplanten Maßnahmen zur Bewältigung des Problems, z. B. In Form der dezentralen Unterbringung.

Die Gruppe der AfD stimmt deshalb dem Beschlussvorschlag der Not gehorchend zu.

Alle noch so große Mühe des Landkreises ist nur ein Kurieren an Symptomen ist. Nur die Bundesregierung kann dieses Problem lösen, verschlimmert es aber fortwährend durch das Angebot auf unbegrenzten Flüchtlingszuzug.

Wir begrüßen es deshalb, dass der Herr Landrat unseres Landkreises sich **nicht** den Oberbürgermeistern und Landräten aus Baden-Württemberg angeschlossen hat, die ihrer Parteivorsitzenden Merkel Rückendeckung bei ihrem Flüchtlingskurs geben.

Das ist aber nicht genug.

Wir bitten dem Herren Landrat deshalb, sich nicht hinter dem Landkreistag zu verstecken, sondern sich dem Hilferuf von inzwischen schon hunderten Bürgermeistern und Landräten anzuschließen und darüber hinaus im Rahmen seiner Möglichkeiten

1. auf die Einrichtung von heimatnahen Flüchtlingslagern und
2. auf die Einhaltung von Verträgen und Gesetzen hinzuwirken.

Die AfD steht, das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, uneingeschränkt zur Genfer Flüchtlingskonvention und zum Asylrecht nach GG Artikel 16a. Letzteres allerdings in seiner vollständigen Form unter Einhaltung auch des Absatzes (2). Was gegenwärtig erstaunlicherweise nicht geschieht.

Danke für die Aufmerksamkeit.

-----

Der Landrat antwortete sinngemäß: Er werde bei seiner Haltung bleiben.